

# Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **87 (1996)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## Politik und Gesellschaft Politique et société

### Kantone wollen Wirkung von «Energie 2000» verstärken

(k) Gemäss Energiedirektorenkonferenz (EnDK) sind in der 2. Halbzeit von «Energie 2000» die Vertiefung und Multiplikation von bisher eingeleiteten energiepolitischen Massnahmen gefragt. Die EnDK verabschiedete am 19. April ein entsprechendes «Programm der Kantone» mit strategischen Vorgaben und konkreten Massnahmen zur Stärkung von «Energie 2000». Auch Bundesrat Leuenberger will «Energie 2000» ebenfalls auf Bundesebene weiter stärken.

Das von der EnDK anlässlich ihrer Frühjahrstagung verabschiedete «Programm der Kantone» ist das Ergebnis einer

Umfrage, die bei allen Energiedirektorinnen und Energiedirektoren durchgeführt worden ist. Das Programm enthält strategische Leitlinien und Massnahmen, auf die sich die Kantone im Sinne eines «Gentlemen's Agreement» geeinigt haben. Weiter erhebt die EnDK auch Forderungen an den Bund.

#### Bewährtes vertiefen und multiplizieren

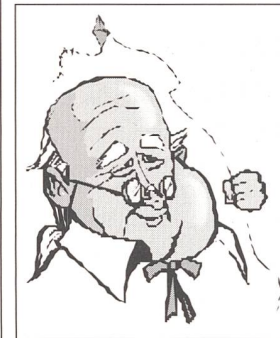
Ihre Hauptaufgabe für die 2. Halbzeit von «Energie 2000» sehen die Kantone in der Vertiefung und Multiplikation von energiepolitischen Massnahmen, die in der 1. Halbzeit erfolgreich eingeleitet worden sind. Projekte, Aktionen und Programme, die in einzelnen Kantonen erfolgreich realisiert wurden, sollen nach Möglich-

keit auch von anderen Kantonen übernommen werden. Im Vordergrund stehen hier Massnahmen zur rationellen Energie- und Elektrizitätsverwendung in Gebäuden und im Verkehr sowie die Realisierung des Verursacherprinzips. Im weiteren wollen die Kantone den Vollzug intensivieren und die kantonale Energiepolitik einer systematischeren Erfolgskontrolle unterziehen.

#### Forderungen an den Bund

Ausser Selbstverpflichtungen enthält das Programm der Kantone aber auch eine Reihe konkreter Forderungen an den Bund. Die EnDK verlangt, dass die Zusammenarbeit für die zweite Hälfte von «Energie 2000» auf eine neue, klarere Grundlage zu stellen sei. In diesem Zusammenhang drängen die Kantone auf eine baldige Verabschiedung des neuen Energiegesetzes. Mit Blick über das Jahr 2000 hinaus verlangt die EnDK vom Bund, dass bis 1998 in Zusammenarbeit mit den Kantonen ein energiepolitisches Anschlussprogramm «Energie 2000+» erarbeitet wird. Gleichzeitig müssen auch die Grundlagen für eine neue schweizerische Elektrizitätspolitik ab dem Jahre 2000 festgelegt werden. Die EnDK spricht sich sodann für die Unterbreitung eines CO<sub>2</sub>-

### Der Blitzableiter

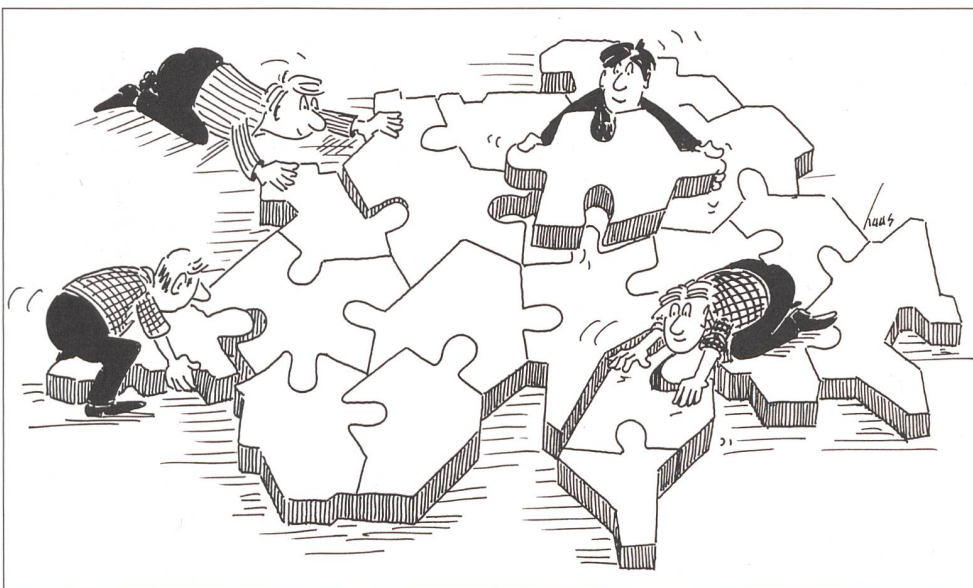


#### Interpretationen

(aves) Im Zusammenhang mit dem Unglück vor 10 Jahren in Tschernobyl hat am 26. April 1996 Bundesrat Leuenberger in einem Radiointerview Äusserungen gemacht, die nicht unkommentiert bleiben dürfen. So hat er behauptet, dass der spätere Ersatz von bestehenden Kernkraftwerkanlagen (z. B. Mühleberg und Beznau in etwa 20 Jahren) nicht im Sinne der Moratoriumsinitiative liege.

Die vom Volk 1990 angenommene Moratoriumsinitiative untersagt für die Dauer von 10 Jahren (also bis ins Jahr 2000) die Erteilung von Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie. Gleichzeitig hat das Volk aber die Initiative für einen Ausstieg aus der Kernenergie abgelehnt, wonach in der Schweiz keine weiteren Anlagen zur Erzeugung von Atomenergie in Betrieb genommen und bestehende Anlagen nicht erneuert werden dürfen. Die Ablehnung dieser Initiative durch das Volk bedeutet somit explizit, dass bestehende Kernkraftwerke ersetzt bzw. erneuert werden dürfen. Dieser Volksentscheid belässt Bundesrat Leuenberger keinen Interpretationsspielraum.

B. Frankl



Energiedirektoren: Erfolgreiche Projekte, Aktionen und Programme sollen auch von anderen Kantonen übernommen werden.



Aus dem Referat von Bundesrat Leuenberger vom 19.4.1996:  
Extrait du discours du conseiller fédéral Leuenberger:

## Initiative énergie et environnement et initiative solaire

«L'initiative solaire veut prélever un «centime solaire» pour pouvoir financer la politique énergétique. Cette idée m'est tout à fait sympathique. Parce que nous pourrions très bien utiliser des moyens financiers plus importants pour notre politique au niveau fédéral et cantonal. Nous pensons, cependant, qu'un milliard de francs, prévus par l'initiative, est une somme trop élevée, et que la condition d'attribuer au moins 50% de ces moyens à l'énergie solaire rend l'initiative trop peu flexible. C'est pour cela que nous sommes en train d'examiner un contre-projet, proposant moins de moyens et étendant les possibilités de soutien à l'utilisation rationnelle de l'énergie, comme vous, les cantons, l'avez souhaité dans la consultation sur notre loi énergétique.»

\*\*\*

«Damit komme ich zur *Energie-Umwelt-Initiative*: sehr ambitiös. Aus rein energiepolitischer Sicht wäre sie zu unterstützen. Abgabe auf Wasserkraft wäre komplementär (also nicht anstelle oder zusätzlich) zur Wasserzinsenerhöhung. Indirekter Gegenvorschlag des Bundesrates ist CO<sub>2</sub>-Gesetz. Muss aber Zähne haben. Arbeiten sind im Gang. Botschaft noch dieses Jahr an den Bundesrat. Wie auch für die beiden Initiativen.»

Gesetzes als Gegenvorschlag zur Energie-Umwelt-Initiative aus. Hierbei müsse jedoch der in der Vernehmlassung zum ersten Entwurf für ein CO<sub>2</sub>-Gesetz vorgebrachten Kritik Rechnung getragen werden.

### Bundesrat Leuenberger legt Grundlinien seiner Energiepolitik dar

In seinem Referat benutzte Bundesrat Leuenberger die Gelegenheit, den Kantonen die Grundlinien seiner Energiepolitik darzulegen. Bundesrat, Parlament und Souverän werden in den nächsten Jahren die Gelegenheit haben, die energiepolitischen Rahmenbedingungen mit dem Energiegesetz, dem CO<sub>2</sub>-Gesetz, der Energie-Umwelt-Initiative und der Solarinitiative langfristig festzulegen. Das Aktionsprogramm «Energie 2000» müsse in der 2. Halbzeit auf allen Ebenen verstärkt und erweitert werden, damit die notwendige Breitenwirkung ausgelöst und vor allem die langfristigen Ziele erreicht werden können. Bundesrat Leuenberger begrüsst die In-

itiativen und Programme der Kantone zur Stärkung von «Energie 2000». Er betonte die steigende Bedeutung des Programms zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Bereichen rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien, zur Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz in diesen zukunftsorientierten Branchen und zur Intensivierung der Umwelt- und Klimapolitik.

In seinem energiepolitischen Ausblick stellte Bundesrat Leuenberger aufgrund der Klimaproblematik und der langfristigen Unsicherheiten bei der schweizerischen Elektrizitätsversorgung ein neues Programm für die Zeit nach 2000 in Aussicht. Darin müssen die Stossrichtung der rationellen Energieverwendung und der Förderung erneuerbarer Energien beibehalten, die langfristigen Ziele und die Anstrengungen aber weiter verstärkt werden. In einem breitangelegten Dialog, welcher noch dieses Jahr beginnen soll, sollen die Grundzüge dieser langfristigen Energie- und vor allem Elektri-

zitätspolitik und des neuen Programms festgelegt werden.

## Zwilag: zweite öffentliche Auflage abgeschlossen

Die zweite öffentliche Auflage im Verfahren um Erteilung der Bau- und Betriebsbewilligung für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen (ZZL) ist am 22. April 1996 zu Ende gegangen. Insgesamt wurden elf Einsprachen eingereicht. Der Bundesrat wird voraussichtlich Mitte Jahr über das hängige Gesuch und die Einsprachen entscheiden.

## G-7-Gipfel: «Tschernobyl stilllegen - Zukunft für Kernenergie»

(p) Zum 10. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl bekräftigten Russland und die sieben führenden Industrienationen (G-7) unter anderem die Absicht, das KKW bis zum Jahr 2000 zu schliessen. Über die Finanzierung dieser Forderung wurde nichts beschlossen. Die wichtigsten Staaten der Welt bekräftigten unter Protest von Umweltorganisationen hingegen, dass die Kernenergie auch im nächsten Jahrhundert eine wichtige Rolle bei der

## Neue Initiativen

Für die Initiativen der Grünen Partei der Schweiz «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» und «Für eine gesicherte AHV Energie statt Arbeit besteuern» sind je fast 120 000 Unterschriften gesammelt und am 22. Mai eingereicht worden.

Deckung des künftigen Weltenergiebedarfs spielen. Dabei müsse die Sicherheit Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben.

## Weltölverbrauch weiter ansteigend

(d) Der Erdölverbrauch ist 1995 weltweit um ein Prozent auf 3,3 Mrd. Tonnen gestiegen. Die USA bleiben trotz eines Rückgangs um 0,4% auf 790 Mio. Tonnen der grösste Ölverbraucher. Es folgten die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit einem Plus von 1,2% auf 288 Mio. Tonnen und Japan, das einen Rückgang um 0,5% auf 265 Mio. Tonnen verzeichnete. Deutschland nimmt mit einem leichten Minus von 0,1% auf 135 Mio. Tonnen den vierten Rang ein. Auf Rang fünf folgt bereits China mit einem Zuwachs von 4,7% auf 134 Mio. Tonnen.

## Bundesamt für Wasserwirtschaft in Biel

(efch) Bundesrat Moritz Leuenberger hat in der Bieler Seevorstadt den Verwaltungsneubau des Bundesamtes für Wasserwirtschaft (BWW) eingeweiht.

Am 18. März 1992 genehmigten die eidgenössischen Räte die Baubotschaft zur Dezentralisierung der Bundesämter für Statistik, Wohnungswesen und Wasserwirtschaft. Dem BWW wurde als neuer Arbeitsort die zweisprachige Stadt Biel zugewiesen. Für die Realisierung eines neuen Verwaltungsgebäudes unweit des Bielersees wurde ein Kredit von 17,07 Millionen Franken bewilligt.

Das BWW bearbeitet mit 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die dem Bund zugewiesenen wasserwirtschaftlichen Aufgaben der Sachgebiete Wasserkraftnutzung, Stauanlagensicherheit, Hochwasserschutz, Abflussregulierung und Rheinschifffahrt mitsamt dem zugehörigen Wasserrecht.